Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag** 4. März 1922	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **30 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 9**

Inhalt der Nummer:

Ein neuer Anschlag der Reparationskommission.
Neuwahl des Reichspräsidenten in Sicht!
Außenpolitische Wochenschau.
Gemeinwirtschaft und Staatsinteresse. Von Dr. Otto Hugo, Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.
Die neue große Tariferhöhung bei der Eisenbahn.
Die Handelskammer Essen zur Finanznot der Gemeinden.
Aus dem Alldeutschen Verband.
Melanchthon in Siegen. Von Bergrat Gustav Ernst.
Sonderbare Berichterstattung.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Ein neuer Anschlag der Reparationskommission.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Die Freude unserer Erfüllungspolitiker war groß, als man sich in Cannes dazu zu verstehen schien, die deutschen Goldleistungen für das Jahr 1922 auf 500 Millionen herabzusetzen. Der „Ausfall" an Goldzahlungen wurde allerdings durch ein vollgerütteltes Maß von Sachleistungen wieder wett gemacht. Das machte aber unseren Erfüllungspolitikern scheinbar weiter keine Sorge. Sachleistungen? Warum nicht? Wer weiß, ob man sie uns überhaupt abverlangt? Und wenn ja, so hat die Industrie zu tun. Die Freude über Cannes wurde schon etwas gedämpft, als man von der Überweisung des deutschen Stundungsgesuches an die Reparationskommission Kenntnis erhielt. Dieser Ausschuß folgt der französischen Zügelführung und sein Vorsitzender Dubois ist einer der unzugänglichsten und unversöhnlichsten Männer auf der Gegenseite. Wenn man in Cannes die Sachleistungen vielleicht noch auf die leichte Achsel nehmen konnte, so ging das nicht mehr, nachdem die Reparationskommission die Regelung der Angelegenheit in die Hand bekommen hatte. Sie würde ernst machen — das mußte man sich sofort sagen. Und das hat sie denn auch getan. Seit ein paar Tagen weilt eine von ihr entsandte Abordnung in Berlin, die die Aufgabe hat, der deutschen Regierung Vorschläge darüber zu machen, wie das Sachleistungsprogramm erfüllt werden soll. Der „Vorwärts" plaudert darüber allerlei aus und was man seinen Indiskretionen entnehmen kann, ist nur zu geeignet, uns gegen die neuen Pläne mit dem allergrößten Mißtrauen zu erfüllen. Wie schon gesagt, fanden sich die Erfüllungspolitiker immer sehr leicht mit den Sachleistungen ab, indem sie alle Bedenken mit der Behaupturg niederschlugen, das stehe ja alles zum größten Teil nur auf dem Papier. Nach dem Wiesbadener Abkommen schien das bisher auch so zu sein. Dieser Tage hat der Staatssekretär Dr. Müller vom Wiederaufbauministerium im Hauptausschuß noch darauf hingewiesen, daß die französischen Anforderungen an Sachlieferungen gegenüber dem deutschen Angebot ganz geringfügig seien. Bisher ist kaum mehr als eine halbe Milliarde Goldwert dabei herausgekommen. Das hatte aber seine guten Gründe. Das Wiesbadener Abkommen hat für die deutschen Sachlieferungen hüben wie drüben bürokratische Organisationen geschaffen, und es hat deutsche Leistungen lediglich für den Wiederaufbau in Nordfrankreich vorgesehen. Unter diesen Umständen wird der schleppende Gang der deutschen Sachleistungen niemanden überraschen, der die französischen Verhältnisse kennt.

Nach dem neuen Vorschlag soll die deutsche Sachleistung von ihren bisherigen Fesseln befreit werden. Es ist nicht mehr von bürokratischen Organisationen die Rede und nicht mehr von einer Beschränkung auf den Wiederaufbau in Nordfrankreich. Die deutsche Sachleistung soll vielmehr im kaufmännischen Sinne flüssig gemacht werden. Die Abnahme deutscher Waren vollzieht sich nach dem neuen Vorschlage vollkommen auf dem Wege des freien und privaten Handelsverkehrs. Nur daß die finanzielle Regelung nicht unmittelbar zwischen Käufer und Verkäufer erfolgt, sondern zugunsten des deutschen Entschädigungskontos. Der französische oder belgische Käufer — um diese beiden Staaten handelt es sich vornehmlich — führen den Betrag für die deutsche Ware an ihre Regierung ab, die ihn Deutschland gutschreibt. Die deutsche Regierung bezahlt dann ihrerseits dem deutschen Verkäufer mit Papiermark. Dieser nicht übel erdachte Plan hat einen Vorläufer. Als die „Sanktionen" nach der Ablehnung des Londoner Ultimatums einsetzten, erhoben einige Ententestaaten von dem Käufer deutscher Waren in ihrem Lande 50 Proz. des Wertes und überließen es der deutschen Regierung, dafür den deutschen Verkäufer in der Höhe des konfiszierten Betrages zu entschädigen. Das galt damals als eine „Sanktion", d. h. als eine Strafmaßnahme. Und das mit Recht! Denn der ausländische Staatsgläubiger saß nun gewissermaßen wie ein Blutegel an der deutschen Produktion und saugte ihr die Hälfte des Wertes ab. Heute wird uns dieses Verfahren als eine „Ablösung" der Goldleistung vorgeschlagen. Und so wenig wie der „Vorwärts" scheint man in der Regierung irgend welchen Anstoß an diesem Anschlag zu nehmen, der nicht nur gegen die Wiedererstarkung, sondern auch gegen die Freiheit und Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft geführt wird.

Der einzige Unterschied zwischen der früheren „Sanktion" und dem neuen Plane besteht darin, daß an die Stelle der einseitigen Zwangsmaßnahmen eine gegenseitige Vereinbarung treten soll. Im übrigen wird die Schädlichkeit des Verfahrens noch dadurch gesteigert, daß es sich jetzt nicht mehr um 50 Proz. des Wertes, sondern um die Erfassung des vollen Wertes handelt. Es scheint dem Ententegläubiger völlig überlassen zu sein, wieviel er etwa von dem voll erfaßten Goldwert der deutschen Waren an ausländischen Devisen zurückgeben will, um Deutschland die Einführung von Rohstoffen zu ermöglichen. Er hat es jedenfalls vollkommen in der Hand, dabei nach seinem Belieben zu verfahren, und er kann auf diese Weise die deutsche Produktion vollkommen einseitig zu seinen Gunsten ausbeuten und diejenige Produktion, die nicht für Reparationszwecke arbeitet, wenn er will, so gut wie stillegen. Die deutsche Regierung aber, die seit Cannes sich für berechtigt hielt, erleichtert aufzuatmen, würde durch die Verwirklichung dieses Planes gezwungen, abermals die deutsche Leistungsfähigkeit fast unvermindert anzuspannen. Sie müßte das Papiergeld, das sie im vorigen Jahre zum schweren Schaden der deutschen Valuta für den Ankauf von Goldzahlungsmitteln aufgewendet hat, nunmehr für die Bezahlung der deutschen Produzenten in Anspruch nehmen, die ihre Erzeugnisse an die ausländischen Reparations-Hyänen verkaufen, ohne dafür einen Pfennig zu erhalten. Die deutsche Papierflut müßte natürlich dadurch wieder ungeheuer anschwellen.

Denn wenn sich die Gläubigerstaaten bis zu 1500 Millionen Goldmark mit deutschen Sachlieferungen im Jahre versehen, so bedeutet das allein über 30 Milliarden Papiermark. Möge der Reichstag diesmal auf der Hut sein!

Neuwahl des Reichspräsidenten in Sicht!

Im Reichstag wurde am 22. Februar am Schluß der Sitzung der Etat des Reichspräsidenten in zweiter Lesung erledigt. Dabei kam eine Frage zur Erörterung, die voraussichtlich schon in der nächsten Zeit das öffentliche Interesse in außerordentlich hohem Maße in Anspruch nehmen wird. Bekanntlich ist die Neuwahl des Reichspräsidenten schon längst insofern fällig, als Herr Ebert lediglich bis zur Schaffung der Reichsverfassung gewissermaßen provisorisch von der Nationalversammlung in Weimar gewählt worden ist. Die Dauer seiner Amtsführung ist aber stillschweigend verlängert worden. So oft die Frage auch gestellt wurde, ist man immer wieder mit großer Zurückhaltung darüber hinweggegangen. Wenn man aus dieser Verzögerung der Neuwahl des Reichspräsidenten eine große politische Frage zu machen versuchte, so war das wohl nicht angebracht. Denn eine Neuwahl des Präsidenten durch das gesamte deutsche Volk ist ja bis zu einem gewissen Grade tatsächlich davon abhängig, daß alle Gebietsfragen endgültig geregelt waren. Zudem war das Walten des Herrn Ebert als Reichspräsident so, daß man auch mit einer Verlängerung des Provisoriums zurzeit einverstanden sein konnte. Nachdem aber jetzt auch die oberschlesische Frage, wenn auch in schmerzlichster Weise für uns, entschieden worden ist, ist kein Grund mehr vorhanden, die Neuwahl des Reichspräsidenten noch länger hinauszuziehen. Die Regierung hat das wohl auch erkannt, und dementsprechend hat Herr Wirth in Aussicht gestellt, daß die Regierung die Frage der Neuwahl dringend behandeln werde. Man kann also der baldigen Ansetzung des Wahltermins entgegensehen.

Die Parteien werden die Zwischenzeit wohl benutzen, um sich auf die Neuwahl vorzubereiten. Es läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß die Sozialdemokraten Herrn Ebert wieder als Kandidaten aufstellen werden. Unter diesen Umständen verdient die Kandidaten-Frage für die anderen Parteien besondere Beachtung. Es ist unbedingt notwendig, die Besetzung der Reichspräsidentschaft dem Parteizwang zu entziehen und dafür zu sorgen, daß kein Parteikandidat, sondern eine Persönlichkeit an die Spitze des Reichs berufen wird, die in der internationalen Politik Deutschland mit allem wünschenswerter Nachdruck vertreten kann. Wenn die Sozialdemokraten an der Kandidatur des Herrn Ebert festhalten, **so müssen sich alle anderen Parteien auf einen gemeinschaftlichen Kandidaten einigen,** der die oben angegebenen Forderungen erfüllt Die Wahlbestimmungen könnten sonst vielleicht Herrn Ebert zum Siege verhelfen, auch wenn er die absolute Mehrheit nicht besitzt. Hoffentlich nutzen alle Parteien die nun bevorstehende Zeit der Wahlvorbereitung dazu, sich auf eine hervorragende politische Persönlichkeit zu einigen. **Wenn auch die Präsidentschaftswahl in Parteizank ausarten sollte, so wäre das ein beklagenswertes Schauspiel.**

Außenpolitische Wochenschau.

Um Genua.

Über der Konferenz von Genua schwebt anscheinend ein ganzer Kometenschweif von Unsternen. Durch den plötzlichen Sturz Briands war die Konferenz von Cannes in dem Augenblick, in dem sie vor entscheidenden Beschlüssen stand, vereitelt, und nun sollte Genua das Werk vollenden. Die italienische Regierung hatte die Einladungen zum 8. März erlassen, trotz heftiger Widersprüche Frankreichs. Lloyd George verkündete immer wieder der gesamten Welt, daß es beim 8. März bleiben müsse und bleiben werde. Da wurde die italienische Regierung gestürzt, und seitdem erfreut sich Italien einer Kabinettskrisis, die von beträchtlicher Länge und Dauer ist. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in der Zuspitzung dieser Krisis, die bisher die Neubildung eines Kabinetts verhindert hat, auch die geschickte Hand des französischen Botschafters Barrière vermutet, der von jeher hinter den Kulissen die Fäden der italienischen Politik zu lenken verstanden hat. Wenn diese Vermutung zutrifft, dann hat er natürlich ganz im Sinn und Auftrag Poincarés gehandelt, dem alles daran liegt, das baldige Zustandekommen der Konferenz von Genua zu verhindern, es sei denn, man habe sich auf ein Programm geeinigt, das die ganze Veranstaltung von vornherein als gegenstandslos erscheinen ließe.

Ein offenes Bündnisangebot Frankreichs an Amerika gegen England.

Noch immer ist die Weltpolitik beherrscht von dem Gegensatz zwischen Frankreich und den angelsächsischen Mächten. In dieser Hinsicht hat soeben Tardieu sehr interessante Enthüllungen gemacht. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, wie bald nach dem Weltkrieg der Zwiespalt zwischen England und Frankreich, der ja im Laufe der Jahrhunderte so häufig in die Erscheinung getreten und immer nur vorübergehend durch gemeinsames Handeln gegen einen Dritten überbrückt worden ist, zu einem Wettlauf der beiden Mächte um die Gunst Amerikas geführt hat. In diesem Wettlauf hat England über Frankreich um verschiedene Pferdelängen gesiegt, wie der Verlauf der Abrüstungskonferenz von Washington gezeigt hat. Tardieus Enthüllungen beweisen, daß Frankreich mit offenen Angeboten an Amerika zu einem Bündnis gegen England herangetreten ist. Man muß sich fürwahr über das große Ungeschick wundern, mit der Briand, der sonst durchaus nicht ungewandt ist, in dieser Frage vorgegangen ist und wie sehr er sich über die Stimmung in Amerika getäuscht hat. Wahrscheinlich hat er sich als echter Franzose von schönen Reden amerikanischer Politiker und Generale über die unvergängliche Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika und dessen Dankesschuld an die französische Republik seit den Tagen des Unabhängigkeitskrieges berauschen und irreführen lassen. Wie so manche deutsche Staatsmänner und Politiker vor dem Kriege, hat jetzt Briand mit seinen Ratgebern für bare Münze genommen, was der Amerikaner mit größter Leichtigkeit am Bankett-Tisch hervorsprudelt, um es am nächsten Morgen vollständig vergessen zu haben. Währenddessen hat England mit seiner unvergleichlich gewandten Politik die Presse und die öffentliche Meinung Amerikas und dadurch dessen führende Staatsmänner so bearbeitet, daß die Franzosen plötzlich zu ihrer großen Überraschung der vollendeten Tatsache der angelsächsischen Entente gegenüberstanden. Dadurch waren sie vollständig aus dem Häuschen gebracht, und so erklärt sich das täppische Auftreten Briands und Sarrauts in Washington, das bei den Amerikanern dem Faß den Boden ausgeschlagen hat.

Die große Gefahr einer Übertreibung der Sachleistungen für das deutsche Wirtschaftsleben.

Die Frage der Reparationszahlungen scheint aber in letzter Zeit auf einen Weg getrieben zu werden, der für uns und unser Wirtschaftsleben eine ungeheure Gefahr bedeutet, über deren gewaltigen Umfang man sich auch bei uns in weiten Kreisen nicht vollständig klar zu sein scheint. Wenn die Reparationszahlung vollständig auf das Gebiet der Sachleistungen nach den Ideen der Herren Wirth und Rathenau verschoben wird, dann muß die Folge die sein, daß die deutsche Industrie zwar mit Aufträgen überhäuft wird, aber nur für die fremden Regierungen arbeitet. Sie würde dann Bezahlung in Auslandsdevisen nur insofern erhalten, als sie damit instand gesetzt wird, die erforderlichen Rohstoffe anzukaufen. Im übrigen aber müßte sie von der Reichsregierung in Papiergeld entlohnt werden und damit wäre die deutsche Ausfuhr mit einem Schlage auf den Nullpunkt herabgedrückt. Das ist schließlich nichts anderes als eine Fortsetzung der feindlichen Politik in der Kriegszeit, die deutsche Industrie vom Weltmarkt vollständig zu verdrängen, wenn auch mit andern Mitteln. Unsere Wirtschaft, unsere Ausfuhr ist der letzte Rest, ist das Einzige, was uns noch geblieben ist und Hoffnung auf bessere Zeiten gewährt. Wir erblicken überall dank deutschen Fleißes und deutscher Rührigkeit einen neuen Aufschwung und sehen, wie die deutschen Waren im Ausland trotz allem wieder Eingang finden und wie deutscher Unternehmungsgeist im Ausland wieder Fuß faßt. Wenn durch eine Politik, die man vielleicht mit „Erfüllung durch Sachleistungen" am besten kennzeichnet, der deutschen Industrie und damit der deutschen Wirtschaft für die Dauer vollständig der Boden entzogen wird, dann sind wir zum Lohnsklaven der Entente herabgesunken und dann erst haben unsere Feinde aus dem Weltkrieg diesen erst wirklich gewonnen. Aufgabe einer geschickten und entschlossenen Politik Deutschlands muß es sein, dafür zu sorgen, daß der an sich nicht unglückliche Gedanke einer Bezahlung der Kriegsschulden auch durch Sachleistungen nicht in einem Maße mißbraucht wird, der zum Untergang der deutschen Wirtschaft führen muß.

Ägypten und Indien: Folgen des Weltkriegs.

Wenn sich England zu einigem Entgegenkommen Frankreich gegenüber bereit findet, dann liegt die Erklärung dafür nicht zuletzt in den großen Schwierigkeiten, die sich während der letzten Wochen für die englische Politik in Ägypten und Indien herausgestellt haben. Das britische Kabinett hat sich genötigt gesehen, den ägyptischen Nationalisten weitere Zugeständnisse zu machen und Lord Allenby ist soeben mit neuen Vollmachten ausgerüstet von London nach Kairo zurückgekehrt. Da aber England infolge der unsicheren Weltlage auf diese Art von Protektorat über Ägypten mit dem Suezkanal, also der wichtigsten Straße nach Indien, nicht wird verzichten können, so sind auch die neuen Zugeständnisse für die Ägypter selbst nur höchst unvollkommen und es ist mehr als zweifelhaft, ob die neue Lösung mehr Anklang finden wird, als die frühere. Noch ernster lauten die Meldungen aus Indien, wo sich möglicherweise ein Kampf vorbereitet, der überhaupt um die Herrschaft Englands geht. Zwei Gesichtspunkte müssen hier abermals besonders betont werden. Die Selbständigkeitsbestrebungen in Ägypten und Indien sind Folgen des Weltkrieges, die man auch in England in solchem Umfang nicht vorausgesehen hat. Der mißbrauchte und mit Füßen getretene Gedanke Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat nicht nur festen Fuß gefaßt ,sondern ist durch die Teilnahme asiatischer und afrikanischer Truppen an dem Kampf in Europa so gefördert worden, daß er nicht mehr zu beseitigen ist. Auch Franzosen und Belgier machen in Afrika ähnliche Erfahrungen. Zweitens darf man annehmen, daß bei den Bewegungen in Ägypten und namentlich in Indien auch

Japan seine Hand im Spiele hat, das auf diese Weise für die Zurücksetzung Vergeltung übt, die es in Washington von England und Amerika erfahren hat.

Gemeinwirtschaft und Staatsinteresse.

Von **Dr. Otto Hugo,**
Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.

Die antikapitalistische Propaganda der Sozialdemokratie aus der Vorkriegszeit gegen die Privatwirtschaft und für den sozialistischen Zukunftsstaat löste in den Tagen der Revolution die Forderung der Sozialisierung der Wirtschaft aus. Weit über die Kreise der sozialdemokratischen Parteigänger hinaus, fand das Verlangen nach dem Übergang zur sogenannten Gemeinwirtschaft willkommene Aufnahme und Unterstützung. Dem „ausbeuterischen" Kapitalismus sollte ein Ziel gesetzt und ein idealer Wirtschaftszustand herbeigeführt werden, und zwar im Sinne billigster Produktion und bester Entlohnung der schaffenden Arbeitskräfte, d. h. zum wohlverstandenen Nutzen und Vorteil der Allgemeinheit.

Die Revolution brachte aber auch den Zwang, das Sozialisierungsexperiment aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Diese Überführung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft ist selbst von den sozialistischen Parteigängern nicht mit begeisterungsvollem Nachdruck getrieben worden. Eine ganze Weile lang hörte man den vernunftmäßigen Einwand, daß die verarmte deutsche Wirtschaft nicht sozialisiert werden könne, um dadurch die sozialistischen Hoffnungen zu erfüllen. Trotzdem wurde mit vollen Backen weiter in das Horn der Sozialisierung geblasen und vor allen Dingen während der Zeit der bürgerlichen Regierungsführung die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus verlangt. Seitdem wieder ein sozialistischer Minister im Reichswirtschaftsministerium am Kurfürstendamm Haus hält, ist es von dieser Sozialisierungsforderung recht still geworden. **Die verantwortungsbewußten Kreise der Sozialdemokratie sind zu der Erkenntnis gelangt, daß der Sozialisierungsgedanke in der Praxis ein gefährliches Experiment ist, weder der Volkswirtschaft, noch der Arbeiterschaft Vorteile, sondern nur Nachteile darbietet.**

Diese Erkenntnis muß sich für jeden Einsichtigen ungeheuer vertiefen nach den Ausstandsbewegungen, die in den letzten Tagen und Wochen die Existenz des Deutschen Reiches geradezu bedroht haben. Blitzhell wurde die verheerende Wirkung der Abhängigkeit des Staates und der Gemeinden von eigenen Betrieben beleuchtet. Mag auch die Sozialdemokratie die Staatswirtschaft und die Gemeindewirtschaft nicht als sozialistische Gemeinwirtschaft theoretisch anerkennen, so sind beide doch Gemeinwirtschaften, weil sie eben zu Lasten der Allgemeinheit als Wirtschaftsbetriebe geführt werden müssen. Die Allgemeinheit trägt bei allen diesen Formen in gleicher Weise die Kosten, die aus einer schlechten Wirtschaft erwachsen, einerlei ob die Löhne nicht im rechten Verhältnis zur Produktionsleistung stehen oder aus sonstigen Gründen erhebliche Zubußen geleistet werden müssen. Der Staat ist auf die Dauer ebensowenig wie irgend eine andere Form der Volksgemeinschaft oder Teile derselben in der Lage, unproduktive Wirtschaftsbetriebe als eine Wohltat zu empfinden, nur weil ihre Existenz dem sozialistischen Wirtschaftsprinzip entspreche. Die wirtschaftliche Leistungsüberlegenheit der Privatwirtschaft gegenüber der Gemeinwirtschaft steht außer jedem Zweifel. Während durchweg die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Staaten und Gemeinden von den Einnahmen, die die Allgemeinheit aufzubringen hat, zehren, werfen die gleichartigen Betriebe der Privatwirtschaft erhebliche Gewinne ab und zahlen obendrein erhebliche Steuern für die Allgemeinheit. Es gilt das sowohl für den staatlichen Bergbau im Verhältnis zum privaten, wie für die kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke der Reichshauptstadt im Verhältnis zu den privaten. Gerade das „Berliner Tageblatt" hat darüber eine Fülle von tatsächlichen Nachweisen erbracht. Wenn Staaten und Gemeinden nicht fähig sind, ihre Betriebswirtschaft produktiv zu gestalten, so verlangt das Staatsinteresse, ebenso wie das Gemeininteresse zwingend die Entledigung der unwirtschaftlichen Lasten, die aus diesen Betriebswirtschaften für die Allgemeinheit erwachsen. Unsere innere und äußere wirtschaftliche Lage verlangt gebieterisch die strikte Durchführung dieses Gesichtspunktes.

Aber auch vom Standpunkt der Sicherung der Staatsexistenz bietet der sozialisierte Betrieb die geringste Gewähr. Diejenigen Arbeiter-Haushaltungen waren in den Streiktagen am besten daran, die von privaten Elektrizitäts- und Gaswerken versorgt wurden, im Gegensatz zur Not der den Kommunalbetrieben angeschlossenen. Während die städtischen Gas- und Elektrizitätsarbeiter frivol streikten, arbeiteten die der Privatbetriebe fort. In diesen Betrieben muß unbedingt ein höherer Grad sowohl der sozialen Zufriedenheit auf seiten der Arbeiterschaft, als auch der Autorität auf seiten der Betriebsführung herrschen. In dem sozialisierten Betrieb, den auf Kosten der Allgemeinheit geführten Unternehmen, fühlt sich jeder Einzelne unter den Angestellten und Arbeitern als Herr im Hause, woraus sich nun nicht etwa die Konsequenz ergibt, daß jeder möglichst viel Leistung seinem Unternehmen entgegenbringt, wie es der Herr in der Privatwirtschaft tut, sondern der Arbeiter des sozialisierten Betriebes sieht sein gutes Recht darin, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit möglichst hohe egoistische Klassenvorteile herauszuschlagen. Weder die Autorität in der Betriebsführung noch das Allgemeininteresse finden hier diejenige Beachtung, die eigentlich aus dem Wesensgedanken der Gemeinwirtschaft hervorquellen müßte.

Jedenfalls haben die frivolen Streiks der Eisenbahner wie der städtischen Arbeiter in Berlin die Gefahr der sozialisierten Betriebe dem deutschen Volke klar zum Bewußtsein gebracht. Sie bedeuten für die Allgemeinheit nicht nur eine hohe Belastung in materieller Beziehung, sondern tragen in sich die Gefahr, das Staatsinteresse in viel höherem Maße zu gefährden, als es irgend welche Lohnbewegungen der Privatwirtschaft jemals getan haben. Brutale Rücksichtslosigkeit gegenüber der Allgemeinheit, Verbrechertum, wie es selbst der „Vorwärts" nannte, zeigten sich als Ausfluß der Gesinnung, die in den sozialisierten Betrieben aufgewachsen ist. Der „Vorwärts" hat Recht, wenn er die Tatsache des Streiks als eine schlimme Niederlage des Sozialismus wertet. Gerade diejenigen Unternehmungen, deren höchste Aufgabe nach sozialistischem Idealismus unbedingt der Dienst für die Allgemeinheit sein müßte, arteten in die Gefährdung der Allgemeinheit aus. Es kann deshalb auch nicht ausbleiben, daß die Beurteilung des Wertes der Gemeinwirtschaft in Zukunft in Deutschland eine scharf ablehnende bis tief in die sozialistischen Kreise hinein sein wird. Das Staatsinteresse verlangt nicht nach neuen sozialisierbaren Betrieben, sondern nach dem Abbau der vorhandenen, und zwar im Interesse der Sicherung der Existenz des Staates.

Die neue große Tariferhöhung bei der Eisenbahn.

Von besonderer Seite gehen uns folgende Ausführungen zu: Bekanntlich wurden zum 1. Febr. die Eisenbahngütertarife gegenüber den Tarifen des Vorjahres erheblich erhöht. Sie werden im Februar das Doppelte der Herbsttarife betragen. Gegenüber den Friedenstarifen machen sie namentlich auf die näheren Entfernungen das 35—40fache aus, für viele Güter aber noch erheblich mehr, da eine ganze Reihe von Ausnahmetarifen und sonstigen Vergünstigungen weggefallen ist. Die Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft durch diese Tariferhöhungen macht einige Milliarden aus. Kundige Beurteiler sagten voraus, daß die Eisenbahn durch Tariferhöhungen ihre ungeheuren Fehlbeträge nicht wett machen kann, wenn sie nicht die gesamte Mißwirtschaft im Verkehrswesen beseitigt und eine Reform an Haupt und Gliedern versucht, wie sie von allen Seiten des Volkes und von allen Parteien gefordert wird. In kürzester Frist ist diese Voraussage eingetroffen. Der Reichsverkehrsminister hat die neuen Tariferhöhungen noch kaum durchgeführt und schon wird er zum 1. März weitere gewaltige Steigerungen im Güterverkehr vornehmen. Diese Steigerungen sollen 20 Prozent der Februartarife betragen. Setzt man die Herbsttarife gleich 100, so werden die Märztarife also gleich 240 sein, mit anderen Worten: In 4 Monaten springen die Transportpreise auf das 2½fache! Auch das wird natürlich nicht dauernd helfen. Diese ungeheuren Verteuerungen der staatlichen Verwaltungen verteuern alle Preise und die gesamte Lebenshaltung. Sie bringen also weitere Gehalts- und Lohnerhöhungen sowie erhöhte Selbstkosten bei der Eisenbahn mit sich. Der Reichsverkehrsminister wird die Tarifschraube jeden Monat weiter drehen müssen und wir werden in kurzer Zeit zu österreichischen Zuständen gelangt sein. Die Verwaltung entschuldigt sich mit dem Druck der Entente. Die Entente will außerordentlich viel Törichtes. Wenn sie aber eine Stabilisierung der Mark verlangt, so ist das nichts, was nicht auch in unserem Interesse läge. Dadurch aber, daß die deutsche Wirtschaft mit ständigen in unerhörtem Maße wachsenden Transportkosten belastet wird, wird der Wert der Mark nicht gehoben, sondern herabgedrückt.

Aus dem Alldeutschen Verband.

* In einer Flugschrift des Alldeutschen Verbandes lesen wir eine interessante Mitteilung über die Stellung des Alldeutschen Verbandes zum Weltkriege. Für unsere Gegner, die begrifflich alles durcheinander werfen, ist der Alldeutsche Verband immer identisch mit den Rechtsparteien und deshalb greifen sie diese Parteien oft an, indem sie Anklagen gegen den Alldeutschen Verband erheben und dann Alldeutschen Verband und Rechtsparteien gleich setzen. Wir bringen deshalb für unsere Freunde nachstehende Mitteilung des Alldeutschen Verbandes über seine Stellung im Krieg und zu den Gegnern:

„Der Alldeutsche Verband hat nie und nirgends einen, im übrigen nach bisheriger Kenntnis der Vorgänge von keiner feindlichen Regierung je angebotenen „Verständigungsfrieden" vereitelt. Hätte es auch niemals vermocht, da er wahrlich — leider — nie den geringsten Einfluß auf die Regierung gehabt hat. Vergeblich sind auch die Akten des Auswärtigen Amtes nach Beweisen gegen die Alldeutschen durchwühlt worden; **der unabh. Sozialdemokrat Kautsky hat während seiner Tätigkeit im Aus-**

wärtigen Amt festgestellt und erklärt, es habe sich in den Akten nichts gefunden, was die Alldeutschen als Urheber des Krieges erscheinen lasse. Trotzdem wird mit den Verleumdungen fortgefahren. Noch im Januar 1919 behauptete der Rechtsanwalt Dr. Schücking aus Dortmund in Herne, Westf., in einer öffentlichen Rede, sein Bruder, der Prof. Schücking in Marburg, habe im April 1915 dem Staatssekretär Zimmermann in Berlin im Auftrage des englischen Kolonialministers das Verlangen Englands nach Friedensschluß mit Deutschland kundgegeben. Deutschland sollte seine Kolonien zurückerhalten und den Kongostaat dazu. Durch die Treibereien der Claß und Gebsattel vom Alldeutschen Verbande sei damals der Friede verhindert worden. Eine Vernehmung Zimmermanns würde jederzeit seine Behauptung bestätigen. Auf schriftliche Aufforderung des Verbandes, seine Beweise für diese Behauptung vorzulegen, **konnte er nicht das geringste beibringen** und flüchtete sich hinter die ihn in den Augen aller anständigen Leute vernichtende Erwiderung: „Dem Alldeutschen Verbande muß ich die Berechtigung absprechen, mich über meine politische Tätigkeit zu interpellieren". — Dieses eine Beispiel unter vielen genügt vollauf, um die niedrige, verleumderische Art des Kampfes gegen den Alldeutschen Verband darzutun."

Die Handelskammer Essen zur Finanznot der Gemeinden.

In ihrer letzten Vollversammlung befaßte sich die Handelskammer Essen mit der Finanznotlage der Städte und Gemeinden und der zurzeit dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Novelle zum Landessteuergesetz. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Handelskammer Essen beobachtet mit Besorgnis die wachsende Finanznot der Gemeinden. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Not zum großen Teil durch eine starke Ausgaben-Wirtschaft der Gemeinden selber verschuldet ist, deren Aufgabenkreis ganz erheblich weiter gesteckt wurde.

Mit der Aufgabenvermehrung, deren Notwendigkeit und Nützlichkeit oft sehr fraglich ist, lief parallel die Entziehung der Steuer-Autonomie durch die Reichsfinanzreform, hauptsächlich durch die Verreichlichung der Einkommensteuer. Hinzu kommt, daß die Beteiligung an der Reichseinkommensteuer bislang eine durchaus ungenügende war. Die Verbesserungen, die die Novelle zum Landessteuergesetz hierin sowie hinsichtlich der Beteiligung an den anderen Reichssteuern bringen will, werden von uns anerkannt. Ohne zu allen Punkten der Novelle Stellung zu nehmen, halten wir Bestimmungen für dringend angebracht, die die Länder verpflichten, die Gemeinden nach bestimmten Verhältniszahlen unterzubeteiligen. Ebenso erscheint uns eine direkte Verpflichtung der Länder notwendig zu sein, an dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer auch die Belegenheitsgemeinde zu beteiligen.

Trotz dieser und anderen technischen Verbesserungen an dem durch die Reichsfinanzreform aufgegriffenen System können wir uns eine dauernde Besserung nicht versprechen.

Das deutsche Staatsleben wird wesentlich gekennzeichnet durch das starke Eigenleben der Gemeinden. Die Aufrechterhaltung dieser sogenannten Selbstverwaltung ohne kräftige allgemeine und direkte Steuern wird auf die Dauer unmöglich sein.

Die wesentlichen direkten Steuern der Gemeinden stellen zurzeit die Realsteuern dar und unter diesen wiederum die Gewerbesteuern, da eine weitgehende Anspannung der Grundsteuer infolge der leider immer noch bestehenden Zwangswirtschaft im Wohnungswesen nicht möglich ist. **Die Gewerbesteuern aber haben im Industriegebiet eine Höhe erreicht, die nicht mehr überschritten werden darf, wenn nicht die Wirtschaft größten Schaden erleiden soll.**

Die bevorzugte Heranziehung der Gewerbesteuern zu den Lasten der Gemeinden muß um so unnatürlicher wirken, als der Einfluß der Gewerbetreibenden seit dem Umsturz in den Gemeindevertretungen ein überaus geringer ist. Es ist dadurch eine gefährliche Situation geschaffen worden, insofern, als Kreise, die nicht durch die Steuern getroffen werden, über die Verwendung der Erträge fast uneingeschränkt beschließen können. Die natürliche Folge ist eine Gleichgültigkeit dieser Kreise gegenüber der Ausgabenwirtschaft der Gemeinden, zu deren Deckung sie nicht beizutragen haben.

In der früheren Gemeinde-Finanzwirtschaft war gegen Verschwendung ein Hemmnis gegeben durch die direkte Heranziehung aller Gemeindebürger zu den Lasten in Form der Zuschläge zur Einkommensteuer. Dieses natürliche Band ist durch die Reichs-Finanzreform zerschnitten worden. Wir erachten es aber für unbedingt erforderlich, daß den deutschen Gemeinden bei ihrer großen Bedeutung im Staatsleben direkte und allgemeine Steuern zur Verfügung stehen. Zusammen mit einer Besserung unserer Währungsverhältnisse wird es dann möglich sein, die Finanznot der Gemeinden zu beseitigen und alle Gemeindebürger in die natürliche Bindung mit ihrer Gemeinde zu bringen; nur so kann das Verantwortungsgefühl eines jeden die notwendige Stärkung erfahren.

Melanchthon in Siegen.

Von Bergrat Gustav Ernst.

Einige Jahre nach der endgültigen Einführung der Reformation in der damaligen Grafschaft Nassau besuchte auch Philipp Melanchthon die Stadt Siegen.

Über den Tag selbst und die Reise, die Melanchthon durch das Siegerland führte, sind nähere Angaben meines Wissens nicht in der heimatlichen Literatur enthalten.

Cuno gibt in seiner Geschichte der Stadt Siegen (Dillenburg 1872) als Jahr des Besuches 1542 an (S. 28) und fügt hinzu, daß die Stadt den teuren Gast ehrenvoll bewillkommnte mit „etlichen Kannen Wein vor 16 Albus". Achenbach bezeichnet (V. Die Kirchen-Reformation 1885, S. 15) das Jahr 1541, ohne weitere Angaben hinzuzufügen.

Die genauesten Angaben über das Leben Melanchthons finden sich im Corpus Reformatorum (Halle a. S., von 1834 ab) in den ersten Bänden, in denen seine Briefe zeitlich zusammengestellt sind. Melanchthon war das Orakel seiner Zeit, das Auskunft nicht nur über theologische, sondern auch über politische und naturwissenschaftliche Fragen geben mußte. Sein Briefwechsel war außerordentlich groß und sein weiter Geist spiegelt sich in jedem Schreiben wieder, sei es an Fürstlichkeiten, an Ratsherren von Städten, sei es an einfache Bürger gerichtet. So sind z. B. allein aus dem Jahre 1542 außer längeren theologischen Ausführungen 169 Briefe von ihm in obigem Werke enthalten.

Die Zusammenstellung der Schreiben gewährt zugleich auch einen Einblick in die Reisen Melanchthons.

Im Jahre 1541 war der „Lehrer Deutschlands" in Worms und Regensburg zu Religionsgesprächen, sowie von Wittenberg aus mehrfach in Leipzig und in Torgau.

Im folgenden Jahre 1542 befand er sich zumeist in Wittenberg, mit kurzen Abstechern nach Torgau, Dessau und Leipzig.

In diese beiden, von Cuno und Achenbach genannten Jahre kann daher der Besuch Melanchthons in Siegen nicht fallen.

Bereits am 24. Oktober 1542 wurde Melanchthon durch Peter Medmann eingeladen, zum Erzbischof von Köln, dem Kurfürsten Hermann von Wied, zu kommen. Diese Bitte wurde am 15. Januar 1543 von diesem in einem Schreiben in deutscher Sprache wiederholt. Darauf reiste Melanchthon, er schrieb sich damals stets Melanthon, am 17. April von Wittenberg ab, war am 23. April in Gotha und traf am 5. Mai an seinem Ziele, in Bonn, ein. An demselben Tage schrieb er von dort an den Sekretarius des Grafen Wilhelm von Nassau-Siegen, Wilhelm Knutelius (= Knüttel): „Wir sind in Bonn angekommen, nachdem wir die Gebirge und Höhen der Tenkterer (ein altgermanischer Volksstamm am Rhein) überwunden hatten, einen Tag später als wir von Euch schieden". Die einzige Erwähnung von Siegen findet sich in einem Brief vom 9. Mai 1543 an seinen Sohn Philipp († 1603), in dem es heißt: „Der Vater von Friedrich (Knutelius) hat mich in Siegen liebevoll und gütig aufgenommen, was Du ihm bestellen wolleſt." In einem anderen Schreiben von Mitte Juni aus Bonn an Knutelius empfiehlt er dessen Wohlwollen besonders den Georg Aemylius (= Oehmler), den bewährten Leiter der Latein-Schule in Siegen von 1540—1553, der im Januar 1537 in Wittenberg, als Melanchthon selbst Dekan war, zum Magister promoviert hatte.

Aus diesen Angaben ergibt sich, daß Melanchthon in den ersten Tagen des Mai 1543 die Stadt Siegen besucht hat.

In Bonn und Köln wirkte Melanchthon tatkräftig und die Gegensätze in seiner milden Art ausgleichend für die neuen Reformen, die in der Kölnischen Kirchen- und Schul-Ordnung ihren Ausdruck fanden. Von dort reiste er am 26. Juli ab, war am 30. Juli in Runkel an der Lahn, von wo er noch einen Brief an Knutelius schrieb, am 5. August in Mainz, am 7. in Frankfurt, am 10. in Erfurt und am 15. August wieder zu Hause in Wittenberg.

Noch einige Zeilen über Knutelius. Er stammte aus Lauden in Franken. Dem Grafen Wilhelm leistete er politisch wertvolle Dienste und wurde von diesem mit einem Hof in Eiserfeld beschenkt. Außerdem besaß er noch Liegenschaften in Niederschelden und bei der Alten Burg, für welche der Graf ihm besondere Vergünstigungen bewilligt hatte. Knutelius lebte meist in Siegen, wo er auch nach seinem Tode am 6. Januar 1566 in der Martinikirche beigesetzt wurde. Über den Sohn Friedrich, den Melanchthon in seinem Briefe erwähnt, ist nichts bekannt. In der Universitäts-Matrikel von Wittenberg ist 1554 ein Guilelmus Knuttelius und 1558 ein Johannes Knittelius aus Siegen eingetragen, wohl Söhne des gräflichen Sekretarius.

Eine wertvolle Ergänzung der Angaben über den Besuch Melanchthons in Siegen fand ich erst später in einem Aufsatz von Dr. Eskuche 1897 über Melanchthon und das Siegener Realgymnasium. Dort ist aus der Stadtrechnung für 1543/44 folgende Ausgabe verzeichnet: „Mittwochs nach vocem Jocundidatis (= dem 5. Sonntag nach Ostern) dem erwirdigen hoch und hochgelarten .. weiterkannten Herrn Magister philippo melantoni 12 ratkann weins geschenkt. Die tragen 21 Maß, die maß 22 Hlr. tragt 1 gl. 15 alb."

Nach den Briefen Melanchthons fiel der erste Ostertag 1543 auf den 25. März. Der Tag also, an dem Siegen den hohen Gelehrten in seinen Mauern begrüßt hat, **war der 2. Mai 1543.**

Sonderbare Berichterstattung.

Man schreibt uns:

Der „Kompaß", das amtliche Organ der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, beschäftigt sich unter vorstehender Überschrift in der soeben erschienenen Nr. 4 mit einem von zahlreichen sozialdemokratischen Zeitungen unter dem Titel „Für besseren Bergarbeiterschutz" veröffentlichten Bericht über eine auf Antrag der Abgeordneten Husemann und Genossen (Soz.) vorgenommene Prüfung der Seilfahrtseinrichtungen im Bergwerksbetriebe. Nach diesem Bericht sollen in 71 Fällen Seilbeschädigungen festgestellt worden sein. Während die Beanstandungen in den Oberbergamtsbezirken Dortmund und Bonn 26 bis 30 Prozent der untersuchten Seilfahrtseinrichtungen betragen hätten, hätten sich in Oberschlesien sogar 42 und in Niederschlesien 51 Prozent ergeben. Wenn sich auf manchen Schächten geradezu eine Panikstimmung geltend gemacht hätte, so sei das verständlich; in einem Falle seien doch sogar in einem 6 Jahre aufliegenden Seile 84 Drahtbrüche festgestellt worden.

Dazu schreibt das amtliche Blatt:

„Gegenüber diesem Artikel, der mit dem recht weitgefaßten Begriff „Beanstandungen" den Eindruck erweckt, als habe die genannte Kommission schwere Mißstände in dem Seilfahrtbetriebe unserer Gruben aufgedeckt, ist es recht interessant zu lesen, was der Kommissionsbericht zusammenfassend über das Ergebnis der Prüfungen sagt. Es heißt da einmal: „Nach dem Gesamtergebnis der Untersuchungen besteht bei **keiner** der untersuchten Seilfahrteinrichtungen **eine besondere Betriebsgefahr.** Soweit Mängel festgestellt worden sind, ist seitens des die Untersuchung leitenden Beamten deren Abstellung angeordnet und das durch eine erneute Untersuchung nachgeprüft worden." Jeder, der einen praktischen Betrieb kennt, weiß den Unterschied zwischen einem „Mangel" und einer „Betriebsgefahr" zu würdigen. Auch der Kommissionsbericht unterscheidet hier scharf. Der Berichterstatter spricht einfach von „Beanstandungen", unter denen natürlich **auch der unbedeutendste Fehler verstanden werden kann.**

Unter dem besonderen Punkt 5 „Förderseile" sagt der Bericht: „Die Untersuchung der Förderseile führte in 22 Fällen zu einer Ablegung des Seiles. In allen diesen Fällen besaß das Seil nach der letzten bergpolizeilich vorgeschriebenen Untersuchung zwar noch die erforderliche Sicherheit in bezug auf Seilfahrt und Produktenförderung. Infolge des allgemeinen Zustandes des Seiles bei der außerordentlichen Prüfung (größere Anzahl Drahtbrüche, Lockerung der Litzen, starker Rostansatz) hielt der besichtigende Beamte die Ablegung jedoch für angebracht; häufig regte die Werksverwaltung dies von selbst an."

In den übrigen 49 von den gezählten 71 Fällen war offenbar auch die Kommission nicht der Ansicht, daß das betreffende Förderseil abgelegt werden müsse, sonst hätte sie wohl auf ein Ablegen gedrängt.

Als Beispiel wird dann ein Seil erwähnt, das trotz 84 Drahtbrüchen noch im Betriebe war. Da die Tagespresse öfter Mitteilungen bringt über Drahtbrüche in Förderseilen, die geeignet sind, in der Öffentlichkeit zu falschen Vorstellungen zu führen, so sei hier kurz auf diesen Fehler an Förderseilen eingegangen.

Die hauptsächlich bei uns benutzten Förderseile bestehen aus 180—222 Drähten. Wenn unter diesen Drähten bei der Herstellung ein mangelhafter Draht war, so bricht dieser nach verhältnismäßig kurzer Betriebszeit an immer neuen Stellen. Es ist also sehr gut möglich und auch nachgewiesen, daß ein Förderseil mehrere hundert Drahtbrüche haben kann, und daß alle diese Drahtbrüche in einem einzigen Drahte liegen. Die große Anzahl von Drahtbrüchen bedeutet dann nur eine Schwächung des Seiles um 0,5 Prozent, die also ganz unwesentlich ist. Für eine Beurteilung der Seilsicherheit sagt deshalb die absolute Zahl der Drahtbrüche sehr wenig, und es erfordert eine besondere Sachkenntnis, aus den jeweiligen Begleitumständen im einzelnen Falle die Bedeutung der Drahtbrüche richtig einzuschätzen. Praktisch kann man sagen, daß Seile, die lediglich wegen Drahtbrüchen abgelegt werden, fast niemals die Sicherheitsgrenze erreichen, sondern stets nur eine geringe Schwächung bei Zerreißversuchen erkennen lassen." Der Kompaß gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft zu solchen Prüfungen auch Sachverständige hinzugezogen werden.

—..—

„Den Finger drauf."

Von der Portofreiheit der Frau Reichspräsident und dem pluralis majestatis.

Wenn man den Leuten von links glauben darf, so ist die frühere Portofreiheit der deutschen Fürsten auch einer der Gründe für unsern Zusammenbruch und jedenfalls ein Mißbrauch gewesen, den beseitigt zu haben das republikanische Deutschland stolz ist. Aber es scheint, so lesen wir in der „Deutschen Tageszeitung", daß an sehr maßgebenden Stellen dieser Stolz nicht geteilt wird. Wir schließen das aus dem Umstand, daß man die verloren gegangene Portofreiheit auf dem Umwege über den Dienstverkehr wieder einzuführen sucht. Die Frau Reichspräsident z. B. läßt Privatkorrespondenz durch das Büro ihres Herrn Gemahls unter Benutzung von Dienststempel und Dienstbriefmarken versenden. Zum Jahreswechsel verließen ihre Neujahrswünsche jene Kanzlei auf diese Weise und in folgender Fassung: „Frau Ebert senden die besten Wünsche zum neuen Jahre." Frau Reichspräsident sollten wissen, daß mit den Monarchen auch der pluralis majestatis aufgehört hat, zu sein, und daß man als Demokrat und Republikaner nur bescheidentlich in der Einzahl von sich selbst redet! Frau Reichspräsident sollten ferner wissen, daß private Neujahrswünsche sich nur schwer unter den Begriff „Dienstverkehr" des Reichspräsidenten bringen lassen, und daß daher die Dienstbriefmarke im Werte von 2 Mark einen kaum verhüllten Rückfall in fluchwürdige Mißbräuche des fluchwürdigen Regimes bedeutet. Frau Reichspräsident erschweren auf solche Art ungemein das Gewerbe der politischen Freunde Ihres Herrn Gemahls, die sich in der angeblichen Beseitigung besagter Mißstände so gern pharisäerhaft bespiegeln.

*

70 000 Betriebsräte bei Post und Eisenbahn!

Bei der deutschen Post und den Reichseisenbahnen umfaßt die Zahl der Mitglieder der Beamten- und Betriebsräte (örtliche Räte, Bezirksräte und Hauptbeamten- bezw. Betriebsrat) gegenwärtig rund 70 000. Davon sind mehrere Tausend dem Dienst vollständig und dauernd entzogen, soweit sie geschäftsführenden Ausschüssen der Räte angehören. Die übrigen Räte werden zwar nicht vollkommen dem Dienst ferngehalten, aber immerhin durch ihre Betriebsrattätigkeit stark in Anspruch genommen. Die Kosten dafür belaufen sich, wie ein Regierungsvertreter im Beamtenausschuß des Reichstags am 23. Jan. d. J. mitteilte, auf rund 37 Millionen Mark jährlich! — Wir haben es ja dazu!

*

Eine kommunistische „Fraktion Post und Telegraphie"?

Die Öffentlichkeit ist durch das Bekanntwerden einer von den Kommunisten versuchten, und teils schon eingerichteten Postkontrolle beunruhigt worden. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger" werden neue Belegstücke für die liebevolle Beschäftigung der Kommunisten mit den Verkehrsbetrieben aus Postbeamtenkreisen mitgeteilt. Es handelt sich um die Bildung einer kommunistischen „Fraktion von Post und Telegraphie", die, wie aus einem Schreiben vom Juli v. J. hervorgeht, in Berlin bereits eingerichtet, im Reiche erst angestrebt würde. Dieser Zusammenschluß, der im Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst beschäftigten Parteigenossen zu einer besonderen Fraktion bezweckt besonders die Beobachtung politischer Gegner — „aller Orgesch-, Einwohnerwehren und sonstiger Elemente" — durch Überwachung ihres Briefwechsels und Fernsprechverkehrs. Alle wichtigen Telephon- und Telegraphenleitungen sollen festgestellt und an ihnen Unterbrechungsstellen eingerichtet werden. Die Funkstationen werden auf die Möglichkeit ihrer Besetzung bei Putschen erkundet und die gedienten Funker unter den Genossen als „Kern einer militärischen Nachrichtenformation" gesammelt und organisiert, ebenso die Fernsprecher und Telegraphisten bei der Eisenbahn.

Wir hoffen, daß sich die zuständigen Behörden, in erster Linie das Reichspostministerium, eingehend mit dieser unterirdischen Wühlarbeit beschäftigen werden. So offenkundig der Rückgang der kommunistischen Parteien in politischer Hinsicht infolge vielfacher Spaltungstendenzen ist, so gefährlich kann doch selbst eine kleine Gruppe durch feste militärisch-technische Organisation werden!

*

Protest-Streik gegen Herrn Ebert?

Die Folgerichtigkeit, die in der Natur der Dinge liegt, hat sich noch nie unbestraft verspotten lassen. Der neueste Beweis für diese geschichtliche Wahrheit ist die Tatsache, daß die Streiklust der Berliner städtischen Arbeiter in der Hauptsache auf proletarische Erbitterung über Herrn Ebert zurückgeht. Herr Ebert hat nämlich in seiner Eigenschaft als Reichspräsident den Beamtenstreik verboten und Streikgelder beschlagnahmen lassen. Er tritt als Hüter der Staatsautorität auf. Diese seine Rolle aber finden die Arbeiter direkt — zum Streiken. Hat ihnen nicht die Sozialdemokratie, zu der auch Herr Ebert zählt, jahrzehntelang gepredigt, daß gegen den Staat und die Gesellschaftsordnung auch das schärfste Kampfmittel erlaubt ist. Und jetzt sollen sie vor dem Staate Respekt haben? Herr Ebert braucht sich nicht zu wundern, daß er auf diese Frage nicht die gewünschte Antwort erhält.

*

Über den Berg?

In Hamburg hat Stegerwald eine Rede gehalten, in der er ausführte, daß der Marxismus ein überwundener Standpunkt sei und nur noch eine kleine Partei hinter ihm stehe; überhaupt habe der Sozialismus als solcher in Deutschland bereits seinen Höhepunkt überschritten. Da werden Scheidemann, Wels, Hermann Müller und die ganze übrige sozialdemokratische Meute mit wütendem Geheul und Gekläff über den früheren preußischen Ministerpräsidenten herfallen und ihm haarscharf beweisen, daß der Sozialismus in Deutschland noch nicht seinen Höhepunkt überschritten habe, sondern im Gegenteil auf der Höhe stehe. Trotzdem beweist die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag nur, daß die große Masse noch immer von den Schlagworten des Marxismus beherrscht ist, obwohl gerade die Führer selbst innerlich längst von ihm abgerückt sind, und in dieser Hinsicht hat Stegerwald vollkommen recht. Wenn erst einmal die Hohlköpfe, die heute noch die sozialdemo-

kratischen Massen weiter betören, in ihrem ganzen Unwert erkannt worden sind, dann ist es mit der Macht des Marxismus und der Sozialdemokratie in der Tat endgültig vorbei.

*

Vernünftige Arbeiter.

Ein Vorkommnis, das ein eigenartiges Streiflicht auf die Gesinnungs- und Handlungsweise sogenannter Arbeiterführer und auf die Einkehr der Vernunft bei Arbeitern selbst wirft, finden wir in einer Karlsruher Mitteilung der „Badischen Post".

Die Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel hatte ihren Arbeitern und Angestellten Sinneraktien angeboten. Der Betriebsrat der Gesellschaft erklärte, daß das Angebot der Aktien dem Interesse der Werksmitglieder und des Werkes diene und darüber hinaus den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens fördere. Bezüglich eines Vorschlags von dritter Seite, das Aktienangebot zugunsten eines ungestörten Einvernehmens zwischen der Arbeitnehmerschaft abzulehnen, bemerkt der Betriebsrat: „Dieser Vorschlag dürfte wohl nur auf mangelnder Kenntnis des Sachverhalts beruhen. Wenigstens überlassen wir es Würdigeren, über den unpraktischen Weg der Entsagung die wirtschaftliche Besserstellung des Proletariats zu suchen. Wir ziehen bis dahin vor, neben anderen geordneten Wegen das erstrebenswerte Ziel durch Ausbauen des praktischen Aktionär-Weges zu erringen."

Mit der öden Hetze gegen den Kapitalismus verscheucht sich die unbelehrbare Sozialdemokratie die besten Anhänger selbst.

*

Sozialistische Sozialisierung.

Im Lande Anhalt regiert eine aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende Mehrheit, die auch das Ministerium gebildet hat. Nun ist augenblicklich eine Bewegung zur Herstellung eines gewaltigen Trusts auf dem Gebiete des Kalibergbaues im Gange, was natürlich ein Emporschnellen der Kurse von Kaliaktien zur Folge gehabt hat. Eine Berliner Privatbank, die sich schon mehrfach mit solchen Zusammenlegungen im großen Stil befaßt hat, ist auch jetzt wieder diejenige, die die Führung übernommen hat. **An diese Privatbank hat die sozialdemokratische Regierung des Landes Anhalt ihren Aktienbesitz des Kaliwerkes Salzdetfurt verkauft,** und zwar hat sie für 2400 Aktien die Riesensumme von 112½ Millionen Mark erzielt. Dieser Vorgang gibt Vorwärts und Freiheit Anlaß zu gar beweglichen Klageliedern ob dieser Schwäche einer sozialistischen Regierung. Statt auf dem Wege der Sozialisierung, so jammern sie in traulichem Verein, die übrigen Kalibergwerke mit dem Rest des Aktienbesitzes jenes Werkes in den Dienst der Allgemeinheit zu überführen, vermag auch ein sozialdemokratisches Ministerium den Lockungen des Privatkapitals nicht zu widerstehen, wenn sich so schöne Gewinne einheimsen lassen. Die armen Sozialisten, denen so ihre Sozialisierungsfelle fortgeschwommen sind, können einem wirklich leid tun. Es ist fürwahr eine merkwürdige Form, in der die Sozialisten Anhalts den Sozialisierungsgedanken, der noch vor kurzem das Schibboleth aller waschechten Sozialisten jeder Schattierungen war, in die Wirklichkeit umgesetzt haben. Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, daß nicht nur von sozialistischen und kommunistischen, sondern auch von demokratischen Blättern, wie „Vossische Zeitung", auch bei dieser Gelegenheit das alberne Schlagwort von der „Stinnesierung" des deutschen Wirtschaftslebens gebraucht wird, obwohl Stinnes mit dem ganzen Vorgang auch nicht das mindeste zu tun hat.

Aus der Partei.

Für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Die Reichstagsabgeordneten Thiel, Dr. Stresemann und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen (Witwen, Waisen, Eltern) leiden große Not. Die ihnen zustehenden Renten sind völlig unzureichend, zumal bei der heutigen Teuerung. Aus den bekannt gewordenen Äußerungen der Reichsregierung ist nicht die Absicht erkennbar, die Rentenleistungen hinreichend zu verbessern. Geschieht das aber nicht bald, dann wird die Notlage der Kriegsbeschädigten unerträglich sein. Wir fragen deshalb an: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um den Versorgungsberechtigten eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werdende Versorgung zu gewährleisten Ist sie insbesondere bereit, bei den kommenden Beratungen über die Schaffung neuer Einnahmequellen für die Reichskasse auch auf die Verbesserung dieser Verordnung entstehenden Mehrausgaben Rücksicht zu nehmen

*

Die Vorbildung der technischen Zollbeamten.

Aus Beamtenkreisen geht uns folgende Zuschrift zu:

Am 1. Dezember v. J. richteten die Reichstagsabgeordneten Dr. Most, Dr. Moldenhauer, Brüninghaus und Dr. Scholz an den Reichstag folgende Anfrage (Reichstagsdrucksache Nr. 3099): „Die ständig schwieriger werdenden Verhältnisse an den Reichsgrenzen, die sich immer verwickelter gestaltende Abgabengesetzgebung und die ständig fortschreitende Kompliziertheit des Wirtschaftslebens stellen täglich wachsende Anforderungen an die technischen Zollbeamten. Aus Kreisen von Handel und Gewerbe ist darum der dringende Wunsch nach entsprechend gesteigerter Aus- und Vorbildung dieser Beamten geltend gemacht worden. Im vollen Gegensatz dazu sollen bei der Reichsregierung Erwägungen schweben, die Schulvorbildung der technischen Zollbeamten herabzusetzen.

Trifft dies zu? Was ist im einzelnen beabsichtigt? Welche Gründe sind dafür maßgebend? Wie gedenkt die Reichsregierung den eingangs dargelegten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen? Schriftliche Antwort genügt."

Durch diese Anfrage sah sich das Reichsfinanzministerium gezwungen, der bisher noch ungeklärten Frage bezüglich der künftig von den Anwärtern für die Laufbahn der technischen Zollbeamten zu fordernden Volksbildung näher zu treten. Wie nunmehr bekannt geworden ist, haben von den 26 Landesfinanzämtern des Reiches, die zur Berichterstattung über diese Frage aufgefordert waren, 19 den Antrag gestellt, in Anbetracht des ständig wachsenden Aufgabenkreises der Zollverwaltung von den Anwärtern für die technische Laufbahn das Reifezeugnis als Mindestmaß der Vorbildung festzusetzen. Die übrigen Landesfinanzämter halten eine geringere Vorbildung, und zwar die Reife für Oberprima, für ausreichend.

Daß die Landesfinanzämter sich bei ihrem Gutachten ausschließlich von Rücksichten des Dienstbedürfnisses der Zollverwaltung leiten ließen, steht außer Zweifel. Ebenso wird aber auch nicht daran zu zweifeln sein, daß sich auch das Reichsfinanzministerium von denselben dienstlichen Gesichtspunkten leiten lassen muß, wenn es die Annahmebedingungen für die zolltechnischen Beamten neu festsetzt und die Anfragen der Reichstagsabgeordneten beantwortet. Nur so kann wieder eine Beruhigung in den Kreisen von Handel und Gewerbe eintreten; denn die beabsichtigte Vereinheitlichung der Beamtenlaufbahn aller Verwaltungen hatte gerade in die Kreise der Handelskammern starke Beunruhigung hineingetragen und diese zu einer teilweise scharfen Stellungnahme gegen die beabsichtigte Vereinheitlichung veranlaßt.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.

Schmiedestücke.

Feine
Herrenschneiderei

Fr. Grübener

Siegen,
Marburger Strasse 3.
Teleph. 2019.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Kaufe laufend größere Posten

Schrott u. Altmetalle

aller Art, sowie

Stabeisen u. Bleche.

Wilhelm Ilsen,

Eisengroßhandlung, **Düsseldorf,**

Filiale Siegen, Sandstraße 5.

Telephon Nr. 683.

Vorteilhafte Bezugsquelle

für

Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren

Alfons Reifenrath,

Weidenau-Sieg

(vorm. Helene Richter.)

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12—16.

J. H. Kurth,

Kreuztal, Kreis Siegen.

Fernsprecher Nr. 21.

Baumaterialien u. Ia Karbid

in allen Körnungen.

BARMER BANK-VEREIN

HINSBERG, FISCHER & COMP.,

SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Justus Stahlschmidtsche Werke
G.m.b.H.
Kreuztal Krs. Siegen.
Lochanstalt.
Kesselschmiede, Apparatebau.
Blechschweisserei.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation

Hüte, Mützen, Schirme.

Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 890. — Marburger Str. 10/12.

Ernst Giesler & Co. G.m.b.H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Hotel Patt Weidenau

(Haltestelle der Strassenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute u. billige Verpflegung.

Wilh. Hees G. m. b. H. **Siegen**

Automobile nur erster Fabrikate

Großes Lager in Auto-Zubehör u. Ersatzteilen,

Bereifungen, Brennstoff und Oele.

Reparatur-Werkstätten · Lackiererei · Polsterei.

» » » Fernsprecher 1566 und 847. « « «

Wäschehaus Franz Schartiger

Siegen

bietet an:

Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.

Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Achtung! **Achtung!**

Wunder-Weber

„Heinzelmännchen“

ist wieder eingetroffen!

Der praktische Handapparat zum Stopfen u. Weben

Unentbehrlich für jedermann!

Neuheit! D. R. G. M. **Neuheit!**

Verkauf u. Vorführung Marburger Tor 23.

Heinz Wurm, Siegen (Westf.)

Abtlg. Metallwaren.

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße

unterhalten das größte Lager in

Herren- u. Knabenbekleidung

Lieferant seiner Maßbekleidung.

Krombacher

Pilsener,



hell und dunkel

HINDELSBERG BRAU

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

LOUIS HEES : SIEGEN i. W.

Fernruf 272.

PANZERGELDSCHRÄNKE : EFFEKTENSCHRÄNKE : SCHREIBMASCHINENSCHRÄNKE
SAFES-ANLAGEN : TRESOR-ARMIERUNGEN : MAUERSCHRÄNKE.
STÄNDIGES LAGER IN SCHRÄNKEN VERSCHIEDENSTER AUSFÜHRUNGEN : KATALOG POSTFREI.

Erstklassige Wagen. Bestgeschulte Packer.
Ia Referenzen.



Vertreterbesuch
und feste Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.
Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

DEUTSCHE AUSKUNFTEI

(vorm. R. G. Dun & Co.) G.m.b.H.
Geschäftsstelle für Westfalen:
:-: :-: Dortmund :-: :-:
Tel. 4795 Nationalbank-Gebäude Tel. 4795

Vertreter für Süd-Westfalen:
F. Heimberger, Hagen i. W., Mittelstr. 17.

Geschäftliche Auskünfte jeglicher Art aus allen Teilen der Erde rasch, modern und zuverlässig. Beschaffung v. Vertreteradressen. Beratung in allen :-: :-: Auskunftangelegenheiten. :-: :-:

W. H. Dickel

Sandstraße 41 **Siegen** Teleph. 1007

Technische Bedarfsartikel
Gummi- u. Asbestfabrikate.

Treibriemen
Record - Rival - Reform
besser und billiger als Lederriemen
Unentbehrlich für sämtliche Betriebe
Ia Referenzen.
Cuno Juschka, Siegen i. W.

Friedrich Müller
Uhren u. Goldwaren
Siegen, Bahnhofstr. 16.

Lohnbeutel
Grösste Leistungs- - - - fähigkeit - - -
Sowie sämtliche von Werken gebrauchte
Papierwaren
Papierw.-Fabrik
Wilh. Winckel, Berleburg.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.

Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» » Pfeifen. « «

Kartothek-Karten
fertigt nach Vorlage
W. Winckel Berleburg
Papierw.-Fabr. i. W.

Ludwig Pfaff
Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

HOTEL HUTHSTEINER.

Feldmann & Münker

G. m. b. H.
Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Heinrich Oehl, Zigarrenspezialgeschäft
Marburger Straße 43.

Fenster- Roh- Draht- Spiegel-
Glas
Zierglas, Flachglas jeder Art liefern
Denzer & Wurm G.m.b.H.
Fernruf Nr. 1433. *Siegen i. W.* *Fernruf Nr. 1433.*

C. W. VOGEL
G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER DRUCKKESSEL KAMINE :
EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.
BLECHARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINKT

Aug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf = Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.